

**Auszug aus der Niederschrift  
über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 09.06.2016**

**Zu TOP : 9.8**

**Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten**

**Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Vorlage: AN 0062/2016**

Frau Fechner begründet den Antrag ausführlich.

Herr Jungnickel merkt an, dass dieser Antrag zu zusätzlichen Personalkosten führt und erfragt, wie diese ausgeglichen werden sollen.

Herr Tanschus erläutert, dass keine zusätzlichen Kosten bei einer Arbeitszeit am Samstag bis 13:00 Uhr anfallen.

Jedoch fehlt die Arbeitszeit in der Woche, da die Wochenarbeitszeit 40 Stunden beträgt.

Herr Bauschke beantragt im Namen der CDU/FDP-Fraktion, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen.

Bereits in der März Sitzung wurde der Prüfauftrag beschlossen, die Online-Termin-Vergabe zu evaluieren und zu prüfen. Der nun vorliegende Antrag sollte gemeinsam mit Prüfauftrag behandelt werden.

Herr Hofmann kann sich vorstellen, die Beratung zu diesen beiden Anträgen auch auf andere Ämter auszudehnen.

Herr Dr. von Bosse teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einer Verweisung zustimmen kann.

Herr Schulz lässt über den Antrag auf Verweisung der Beratung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

1. Die Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten einmal monatlich an einem Samstag anzubieten.
2. Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt beim Städte- und Gemeindetag anzuregen sich dafür einzusetzen, dass Passangelegenheiten auch von Meldestellen bearbeitet werden, bei denen ein Bürger einen Nebenwohnsitz hat.

Mehrheitlich zugestimmt

Beschluss-Nr.: 2016-VI-04-0400

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 21.06.2016